

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 2

Rubrik: Offener Brief von Sacharow

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offener Brief von Sacharow

Als Dokument bringen wir hier einen Offenen Brief, den Andrej Sacharow aus seiner Verbannung in Gorkij an den Präsidenten «seiner» Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Anatolij Petrowitsch Alexandrow, geschrieben hat.

Zunächst ist der Text eine Richtigstellung. Sacharow korrigiert hier eine sowjetakademische Darstellung seines Falles zuhnden des Auslandes. Sodann kündigt er in einem Passus formell seine offiziellen wissenschaftlichen Kontakte zur Akademie, die ihn — ohne dass er ausgeschlossen

worden wäre — seiner Rechte als Akademiker ohnehin beraubt hat. Doch darüber hinaus ist das Schreiben auch eine Zusammenfassung: Sacharow rekapituliert sowohl die sowjetischen Umstände als auch seine Stellung darin und dazu.

Der Text ist in der russischsprachigen Pariser Zeitung «Russkaja Mysl» vom 11. 12. 1980 erschienen. Wir veröffentlichen ihn vollständig. Nicht hervorgehobene Klammerbemerkungen sind vom Autor.

Sehr geehrter Anatolij Petrowitsch!

Unmittelbarer Anlass zu diesem Brief war der Inhalt Ihres Gesprächs über meinen Fall mit dem Präsidenten der New Yorker Akademie der Wissenschaften, Dr. Leibowitz. Dieses Gespräch fand am 15. April statt, doch seine Niederschrift ist mir erst jetzt zugänglich geworden. Unabhängig davon ist es mir wichtig, meine Stellungnahme in grundsätzlichen Fragen darzulegen, dem Vorgehen der Machtorgane in meinem Fall eine Wertung zu geben, einige öffentliche Beschuldigungen zu beantworten sowie die Haltung zu bewerten, die meine Kollegen in der UdSSR einnehmen, namentlich von der Akademie der Wissenschaften und ihren Leitern.

Mein Leben hat sich so gestaltet, dass ich mich während zwei Jahrzehnten unter Leuten bewegte, die sich mit militärisch-wissenschaftlicher Forschung und Ausführung befassten, woran ich selber aktiv teilnahm, danach über zwölf Jahre

der gesellschaftlichen Ordnung besonders akut zu empfinden und über diese Probleme in ihrer Wechselbeziehung intensiv nachzudenken. So bin ich zu meiner Einstellung gekommen. In vielem hat sie sich als unorthodox erwiesen, als gegensätzlich zur offiziellen Linie und zu meiner eigenen Wertung in früheren Jahren. Das hat meine Ziele und Ideale verändert, letztlich auch mein ganzes Leben.

Schon sehr früh kam ich zum Schluss, dass die Führer des Staates trotz dem leidenschaftlichen Willen des ganzen Volkes zum Frieden und

Wenn man den Atomkrieg vermeiden will, muss man offene Gesellschaften schaffen, damit die Abrüstung nicht gelogen bleibt

trotz ihrem eigenen fraglosen Wunsch nach Vermeidung eines grossen Krieges sich in ihrer praktischen Aussenpolitik häufig von der meines Erachtens äusserst gefährlichen «geopolitischen» Strategie der Macht und der Expansion und des Bestrebens leiten lassen, den potentiellen Feind zu unterdrücken, zu zersetzen. Aber indem wir den «Feind» zersetzen, zersetzen wir die Welt, in der wir leben.

So erfuhr ich bereits 1955, dass unsere Nahostpolitik eine scharfe Kursänderung vollziehe, deren Ziel die Schaffung «einer Erdöl-Abhängigkeit der Länder des Westens» war. Diese Kurs-

änderung brachte in den nachfolgenden Jahren den Völkern dieser Region — Arabern, Israeli, Libanesen — gewaltiges Elend und trug auch dazu bei, die Energiekrise in der ganzen Welt akut zu machen.

In dem Masse, wie die militärischen Möglichkeiten der UdSSR zunahmen, wurde diese Art Politik immer dominierender und gefährlicher; die eine Hand zerstörte das, was die andere aufzubauen versuchte. Afghanistan ist das letzte und tragischste Beispiel für den Schaden, den dieses expansionistische geopolitische Denken anrichtet.

Ich bin überzeugt, dass die Verhütung eines thermonuklearen Krieges, der die Menschheit mit Vernichtung bedroht, die allerwichtigste Aufgabe ist — mit absoluter Priorität vor allen übrigen Problemen unseres Lebens. Die Wege zu ihrer Lösung sind politischer und politökonomischer Art: die Schaffung internationalen Vertrauens von offenen Gesellschaften, die unbedingte Einhaltung der elementaren bürgerlichen und politischen Rechte des Menschen sowie die Abrüstung.

Die Abrüstung, insbesondere die nukleare, ist die wichtigste Aufgabe der Menschheit. Die Abrüstung — eine reale, nicht eine demagogische — ist nach meiner Ueberzeugung nur auf der Ausgangsgrundlage des strategischen Kräftegleichgewichtes möglich. Ich unterstütze SALT-2 als befriedigende Verkörperung dieses Grundsatzes und als Voraussetzung für SALT-3 und andere Abkommen. Ich trete ein für ein Abkommen über den Verzicht auf Erstanwendung von Atomwaffen, nachdem ein strategisches Gleichgewicht im Bereich der konventionellen Rüstung erreicht ist. Ich trete ein für ein umfassendes

1955 änderten wir unsere Nahostpolitik mit dem Ziel, den Westen erdölabhängig zu machen

unter Leuten, die sich den gewaltlosen Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte und der Gesetzlichkeit zur Aufgabe gesetzt haben.

Dieser Lebensweg hat mich veranlasst, die Fragen von Krieg und Frieden, internationaler Sicherheit, internationalem Vertrauen und Abrüstung sowie die Fragen der Menschenrechte und

Abkommen über chemische und bakteriologische Waffen.

Die Information über die jüngste entlarvende Katastrophe in Swerdlowsk unterstreicht die Aktualität eines solchen Abkommens.

Ich würde einen Versuch des Westens, eine wesentliche strategische Ueberlegenheit über die UdSSR zu erlangen, als äusserst gefährlich verurteilen. Aber ich bin auch äusserst besorgt über die Militarisierung der UdSSR und die Verletzung des strategischen Gleichgewichts in Europa und in anderen Regionen — namentlich in Asien und Afrika — durch sowjetisches Diktat und durch Demagogie.

Ich bin gegen internationalen Terrorismus, der die Welt zerstört, ganz gleich, von welchen Zielen die Beteiligten sich leiten lassen. Die Staaten, die real eine Stabilisierung in der Welt an-

Ich bin äusserst besorgt über die Militarisierung der UdSSR und über die Verletzung des strategischen Gleichgewichts durch sowjetisches Diktat

streben, dürfen ihn unter keinen Umständen unterstützen.

Die wichtigste These, die mit der Zeit zur Grundlage meiner Position geworden ist: untrennbare Verbindung von internationaler Sicherheit und internationalem Vertrauen mit Einhaltung der Menschenrechte und offener Gesellschaft. Diese These ist als Bestandteil in die Schlussakte der Helsinki-Konferenz eingegangen, doch decken sich die Worte hier nicht mit den Taten, insbesondere in der UdSSR und den Ländern Osteuropas. Ich habe das Ausmass und den Zynismus kennengelernt, mit denen elementare bürgerliche und politische Rechte in der UdSSR verletzt werden, darunter das Recht auf Ueberzeugungsfreiheit und Informationsfreiheit, das Recht auf freie Wahl des Landes, in dem man lebt, d. h. auf Emigration und Rückkehr, auf Wahl des Wohnortes innerhalb eines Landes, das Recht auf unparteiliche Gerichtsverhandlung und Verteidigung vor Gericht, das Recht auf Religionsfreiheit.

Ohne Einhaltung dieser Rechte ist eine Gesellschaft «geschlossen», für die Menschheit potentiell gefährlich und zu einer Rückwärtsentwicklung verurteilt. Ich habe Leute kennengelernt, die es sich zum Ziel gesetzt haben, mittels Publizität für die Menschenrechte zu kämpfen, und Gewalt grundsätzlich ablehnen, und habe erfahren, wie äusserst grausam die Behörden sie verfolgen. Ich habe mit eigenen Augen ungerechte Prozesse mitverfolgt, habe die Unverschämtheit des KGB gesehen, von den überaus harten Bedingungen in den Haftanstalten erfahren. Ich wurde zu einem dieser Leute, welche Sie «eine fremde Clique» nannten und sogar des Verrates bezichtigten, aber sie sind meine Freunde, und gerade in ihnen sehe ich die lichte Kraft unseres Volkes.

Ich lernte den Kampf für die Befreiung von Gewissensgefangenen in der ganzen Welt kennen, und er ist mir zu einem Anliegen, zu einem der wichtigsten Ziele geworden. Ich unterstütze Amnesty International in ihrem Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe in der ganzen Welt,

Ohne Einhaltung der Menschenrechte ist eine Gesellschaft nicht nur «geschlossen», sondern bildet auch eine Gefahr für die ganze Menschheit

und ich habe mehrmals zur Abschaffung der Todesstrafe in unserem Land aufgerufen.

Mit anderen Augen sah ich nun die wirtschaftlichen und insbesondere die versorgungsmässigen Schwierigkeiten der UdSSR, die kastenhafte Elite der Parteibürokratie mit ihren Privilegien, die Trägheit des Produktionssystems, die bedrohlichen Anzeichen bürokratischer Perversität und Abtötung des ganzen Lebens im Lande, die allumfassende Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitsergebnissen, den gesichtslosen Staat (wenn allen alles schnuppe ist), die Korruption, Vetterliwirtschaft und das menschenentwürdigende erzwungene Lavieren und Heucheln, den Alkoholismus, die Zensur und die unverschämte Lügelei der Presse, die wahnsinnige Umwelterstörung von Boden, Wiesen, Luft, Wäldern, Flüssen und Seen.

Die Unumgänglichkeit tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Reformen in der UdSSR ist für viele im Land offenkundig, aber die Durchführung stösst auf Widerstand in der leitenden Bürokratie, und so geht alles im alten Trott weiter: Losungen bis zum Ueberdruss; einiges wird trotz allem getan, aber noch mehr schlägt fehl. Derweil sammeln der Kriegsindustriekomplex und das KGB ihre Kräfte und bedrohen die Sta-

bilität in der ganzen Welt, während die Supermilitarisierung alle Ressourcen auffrisst.

Mein Ideal wurde die offene pluralistische Gesellschaft, die vorbehaltlos die elementaren bürgerlichen und politischen Rechte des Menschen einhält, eine Gesellschaft mit gemischter Wirtschaft, die einen wissenschaftlich regulierten allseitigen Fortschritt verwirklicht. Ich äusserte die Vermutung, dass eine solche Gesellschaft sich als Resultat der friedlichen Annäherung, der «Konvergenz», des sozialistischen und des kapitalistischen Systems ergeben müsste und dass darin die wichtigste Vorbedingung für die Bewahrung der Welt vor einer thermonuklearen Katastrophe liege.

Unser Land hat die Hälfte seiner Geschichte unter den Bedingungen ungeheuerlicher Verbrechen des Stalinregimes durchlebt. Obwohl Stalins Handlungen verbal offiziell verurteilt wurden, verheimlicht man das Ausmass der stalinischen Verbrechen und ihre konkreten Manifestationen sorgfältig vor dem Volk, und wer sie entlarvt, wird für angebliche Verleumdung verfolgt. Terror und Hunger der Kollektivierungszeit, die Ermordung Kirows und die Vernichtung von Kadern des kulturellen, zivilen und militärischen Bereiches sowie der Partei, der Genozid bei der Umsiedlung der «bestraften» Völker, die Zwangsarbeitslager und der Tod vieler Millionen in ihnen, das Anbändeln mit Hitler, das in eine nationale Tragödie ausmündete, die Repression gegen Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft, arbeitsfeindliche Gesetze, die Ermordung Michoels' und die Renaissance des staatlichen Antisemitismus — alle diese Geschwüre müssen mit absoluter Endgültigkeit freigelegt



Sitzen in Gorkij.
«Russkaja Mysl» brachte zum Text des Offenen Briefes auch dieses winterliche Bild von Sacharow in seiner Verbannung.



werden. Ein Volk ohne historische Erinnerung ist zum Niedergang verurteilt. Wie mir bekannt ist, haben Sie diesen Standpunkt zu einem gewissen Grad früher geteilt, und ich hoffe, Ihre Haltung habe sich nicht geändert.

Mein Konzept habe ich zwischen 1968 und 1980 in einer Anzahl Artikeln, Referaten und Interviews dargelegt. Statt mit ernsthafter Diskussion hat die offizielle Propaganda mit vorwärtlichen Verzerrungen meines Standpunktes, mit Karikierung, Beschimpfung und Verleumdung geantwortet. Im persönlichen Leben begegnete ich wachsenden Verfolgungen, Drohungen gegen mich und besonders gegen meine Angehörigen — und schliesslich der Deportation ohne Gerichtsurteil.

Schon meine ersten Versuche, eine unvoreingenommene Position zu behaupten, waren auf Widerstand gestossen. Am 22. November 1955, dem Tag des triumphalen und tragischen Atomwaffenversuches (als die Körper der Opfer noch nicht der Erde übergeben waren), erfolgte meine Auseinandersetzung mit Marschall M. I. Nedelin aus diesem Anlass; und am 10. Juli 1961 die Auseinandersetzung (in Ihrer Gegenwart) mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschow.

Und dennoch gelang es mir (der Minister für mittleren Maschinenbau J. P. Slawskij kann das

Was ich mit der Zeit bei uns sehen lernte: Kastenstruktur, Korruption, Zensur und Lüge, Produktionslähmung und die wahn-sinnige Umweltzerstörung

bestätigen), einer der Initianten des Moskauer Vertrages über das Verbot von Nuklearversuchen in drei Bereichen (*Atomwaffensperrvertrag von 1963*; Anm.) zu sein, der den ersten (und vorderhand am wenigsten umstrittenen) Schritt auf dem schwierigen Weg zu einer Abwendung der nuklearen Gefahr darstellte.

Als einziger Bürger der UdSSR wurde ich — 1975 — mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 1980 sitze ich in Gorkij, und Sie, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Sie unterhalten sich mit dem Präsidenten der New Yorker Akademie der Wissenschaften, der eigens aus den USA hergefliegen kam, um Sie zu treffen. Was haben Sie ihm denn gesagt? Leider sprachen Sie im Geiste der schmählischen Erklärung von vierzig Akademiemitgliedern 1973, welche damals den Grund zur Presse-Hetzjagd gegen mich legte, bloss mit noch grösserem Zynismus und Mangel an Achtung gegenüber dem gesunden Menschenverstand Ihres Gesprächspartners, Ihres und meines wissenschaftlichen Kollegen.

Ja, mir geht es besser als jenen meiner Freunde, die zu langjährigen Fristen verurteilt wurden oder auf ihren Prozess warten. Darunter sind viele Kollegen von uns beiden: der Biologe Kowaljaw, der theoretische Physiker Orlow, die Mathematiker Welikanowa und Lawut, der junge Kybernetikwissenschaftler Schtscharanskij, die Mediziner Nekipelow und Ternowskij, der Mathematiker-Kybernetiker Bolonkin (einzig den letztgenannten kenne ich nicht persönlich), um nur einige zu nennen.

Sie alle haben die Gesetze des Landes nicht verletzt, sie haben nicht zu Gewalt Zuflucht genommen oder dazu aufgerufen. Sie haben nur mit Wort und Feder ihre Ideale zu verwirklichen versucht — wie auch ich, und wir sind nicht zu trennen.

Ich meine, es wäre das Natürliche, dass die Akademie der Wissenschaften die unterdrückten Wissenschaftler verteidigte, nicht aber in der Person ihres Präsidenten Verleumdungen an ihre Adresse zuliesse.

Mein Fall unterscheidet sich von anderen dadurch, dass die Behörden dabei sogar jene klägliche Imitation von Gesetzlichkeit haben fallenlassen, die sie bei der Repression gegen Anders-

O ja, mir geht es besser als meinen — und Ihren — Kollegen im Zuchthaus. Soll ich deswegen zufrieden sein mit dem Unrecht, das man mir und ihnen zusammen antut?

denkende in den letzten Jahren zur Schau gestellt haben. Und das ist nicht zu dulden, weder als Präzedenzfall noch als Rückfall. Keine einzige der offiziellen Institutionen, die berufen sind, dem Gesetz Nachachtung zu verschaffen, hat die Verantwortung für den Akt meiner Deportation auf sich genommen. Sie wissen ebenso gut wie ich, dass gemäss den allgemein anerkannten juristischen Normen *nur das Gericht* über die Schuldigkeit einer Person befinden, ihm ein Strafmass und — unbedingt — eine Frist festsetzen kann. Mein Fall jedoch ist in all diesen drei Aspekten eine himmelschreiende Ungesetzlichkeit; daher ist meine Forderung nach offener Gerichtsverhandlung tieferrnst und grundsätzlich. Ich bitte nicht um eine Gnade; ich verlange Gerechtigkeit.

Sie sagen, ich könne mich auch in Gorkij mit der Wissenschaft befassen. Ja, ich arbeite, aber es steht einem Vertreter der Akademie der Wissenschaften, der dazu beigetragen hat, dass man mir eine Einmann-Deportation organisierte, nicht an, davon wie von einem Wunder zu sprechen. Ja, ich habe ein Dach über dem Kopf (in Gorkij heisst es, diese Wohnung sei ein früherer KGB-Treff), und meine Frau besorgt in Moskau, was es in Gorkij nicht gibt: Fleisch, Butter, Quark und Käse. Die Gesetzesverletzung, die Sie mit diesen Möglichkeiten zu rechtfertigen suchen, wird dadurch um nichts geringer. Völlig widerrechtlich ist das Regime (gemäss Besserungsarbeitsgesetzgebung gibt es so etwas für Verbannte nicht), das für mich festgelegt wurde — von wem? Vom KGB? Vom Innenministerium? Von der Staatsanwaltschaft? Ich weiss es nicht, und Sie werden diese Frage auch nicht beantworten können.

An meiner Tür steht rund um die Uhr ein Polizist; jeder Besucher kommt auf den Polizeiposten und kriegt gewaltige Unannehmlichkeiten. Ich erfahre jeweils erst lange danach von solchen Versuchen mir nahestehender Leute, etwa eines Arztes und Freundes oder einer achtzig-jährigen Tante; von anderen Versuchen erfahre ich überhaupt nichts. Ueberdies dringen ohne Wissen des wachhabenden Polizisten auch KGB-Leute durchs Fenster in meine Wohnung ein, unter Verletzung des Rechts auf Unantast-

barkeit der Wohnung, eine potentielle Bedrohung meiner Person. Sie haben das diesbezügliche Telegramm meiner Frau im Juli dieses Jahres (1980, Anm.) nicht beantwortet, was ich für unzulässig halte.

Für mich wurde ein persönlicher Störsender aufgestellt — die Firma scheut keine Kosten — noch bevor in der UdSSR die allgemeinen Störsendungen wiederaufgenommen wurden. Rund um die Uhr erfolgt eine schamlose, unverblümete Beschattung. Agenten folgen mir auf den Fersen überall hin, gucken durchs Fenster herein, eilen mir auf das Postamt voraus, damit ich dort nicht telefonieren kann.

Im Gespräch mit Dr. Leibowitz spielen Sie darauf an, ich hätte Staatsgeheimnisse verletzt, und beschuldigen dabei ohne jede Grundlage meine Freunde mit der Behauptung, jemand habe irgendwelche Geheimnisse, die direkt von mir oder über Freunde beschafft worden seien, hinaus schmuggeln wollen. Sich und die Akademie der Wissenschaften auf seltsame Art mit Spitzelorganen identifizierend, sagen Sie: «Wir haben diesen Mann festgenommen.»

Juristische Fakten unterscheiden sich jedoch von Demagogie und spießbürgerlichem Geschwätz dadurch, dass sie konkret sind. An Ihrer Geschichte war nichts Konkretes und konnte nichts Konkretes sein. In derlei ernsthaften Dingen nennt man grundlose Behauptungen auch anders, nämlich Verleumdung. Mit erstaunlichem juristischem Leichtsinne erklären Sie, man könne mich für meine Aufrufe an ausländische Regierungen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilen — wieso gerade zu fünf? Art. 190/1 des StGB der RSFSR verhängt drei, Art. 70 sieben Jahre, Art. 64 bis zu 15 Jahren oder die Todesstrafe.

Sie bemerkten ferner, man könnte mich auch ermorden wie Kennedy oder Martin Luther King.

Ich bin nicht Mitglied ausländischer Parlamente und rufe nie jemanden zu irgendwelchen Massnahmen auf. Aber ich erachte es als meine Pflicht, meine Meinung zu akuten Fragen zu äussern und jene Handlungen der UdSSR zu verurteilen, die den von ihr eingegangenen internationalen Verpflichtungen und den internationalen Normen widersprechen. Ich heisse jene Handlungen ausländischer Regierungen gut, die den Rahmen des Gesetzes nicht sprengen und die dazu angetan sind, eine Korrektur herbeizuführen.

Ich unterstützte seinerzeit das Jackson-Amendment. Ich halte es nach wie vor für äusserst wichtig. Es ist ein Zusatzartikel zum amerikanischen Handelsgesetz; es geht um die amerikanischen Regeln im Handel. Ich wandte mich an die Regierung Indonesiens mit der Bitte um Amnestierung der politischen Gefangenen. Man beschuldigte mich in der Presse der Belobigung des Umsturzes in Chile — aber damals schrieb ich gemeinsam mit Galitsch und Maximow über das Schicksal des Schriftstellers Pablo Neruda.

Zweimal trat ich gegen die grausame Kurdenverfolgung im Irak auf. Ich äusserte vor einigen

Meine Frau besorgt in Moskau, was es in Gorkij nicht gibt: Fleisch, Butter, Quark und Käse

Jahren die Bitte, bei der Belagerung des palästinensischen Lagers Tel-Saatar Humanität walten zu lassen. Im Herbst 1979 wandte ich mich an die Regierung der VRCh mit der Bitte, das harte Urteil gegen den mutigen Dissidenten und Gegner der militärischen Aktion gegen Vietnam, Wei Jinsheng, zu revidieren, und an die Regierung der CSSR mit der Bitte, das Urteil gegen Mitglieder der Charta-77 zu revidieren. Ursprünglich hatte ich weder einen Olympia-Boykott noch einen Technologie-Boykott noch gar einen Lebensmittel-Boykott gegen die UdSSR unterstützt — bis zur sowjetischen Invasion Afghanistans. Meine Stellungnahme änderte

Da haben Sie gesagt: «Wir haben diesen Mann festgenommen.» So leicht fällt es Ihnen, sich als Akademiepräsident mit der Polizei zu verwechseln

sich, als eine meines Erachtens (und nach Meinung von 104 UNO-Mitgliedstaaten) gefährliche Veränderung des internationalen Rechtes, des internationalen Gleichgewichtes stattgefunden hatte. Ich unterstützte nunmehr die Boykottmassnahmen, da ich sie unter diesen Bedingungen auch als förderlich für das Wohl unseres Landes betrachtete.

Ich überreichte Präsident Giscard d'Estaing den Brief einer Gruppe von Aktivisten des krimtatarischen Volkes und wandte mich in meinem eigenen Namen an L. I. Breschnew mit der Bitte, der nationalen Diskriminierung der Krimtataren, die 1944 ein Opfer des Stalinverbrechens geworden waren, ein Ende zu setzen. Im Oktober 1979 bat ich L. I. Breschnew, zur ungehinderten Lieferung von Nahrungsmittelhilfe für die Hungernden in Kambodscha beizutragen. Bereits nach der Deportation nach Gorkij wandte ich mich an L. I. Breschnew mit einem grossen Brief, der meines Erachtens akzeptable Vorschläge für eine politische Beilegung der afghanischen Tragödie enthielt; Kopien dieses Briefes sandte ich an die Staatschefs der ständigen Mitgliedländer des Sicherheitsrates. Ich äusserte in dem Brief meine Ansicht über den Einmarsch in Afghanistan als einen Fehler, der gewaltige negative Folgen habe — aussenpolitisch wie innenpolitisch. Ich schreibe insbesondere von der Verstärkung der Rolle der Repressionsorgane, die ausser Kontrolle geraten können.

Dies sind einige meiner aussenpolitischen Auftritte der letzten Jahre. Mit keinem von ihnen habe ich die Gesetze der UdSSR verletzt. Diese Stellungnahmen sind von meinen Ueberzeugungen diktiert gewesen und widersprechen meines Erachtens den Interessen unseres Landes und seiner Bevölkerung in keiner Weise.

Am 12. August 1980 wandte ich mich an den Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften (AdW) der UdSSR, Akademiemitglied J. P. Welichow, und in seiner Person an den Präsidenten der AdW und an Sie persönlich mit der Bitte, in einem Fall zu helfen, der für mich besonders wichtig wurde. Seine Geschichte ist folgende.

Wiederholte Drohungen an die Adresse meiner Kinder und Enkel (angefangen mit dem «Besuch» von Terroristen des Schwarzen Septembers im Jahre 1973), Repressionen und Provoka-

tionen zwangen uns, sie zum Emigrieren zu überreden. Dieser Entschluss war alles andere als leicht; wir empfinden ihn noch immer als tragisch. Die Braut meines Sohnes, Jelisaweta Alexejewa, blieb in der UdSSR zurück und kann nun schon seit drei Jahren nicht zum geliebten Mann ausreisen. Sie ist Erpressungsversuchen und Drohungen des KGB ausgesetzt. Zu mir nach Gorkij lässt man sie, ein Mitglied unserer Familie, nicht. Aus Angst um ihr Leben ist meine Frau gezwungen, einen Grossteil ihrer Zeit in Moskau zu verbringen. Faktisch ist Lisa Alexejewa zur Geisel geworden. Ich ersuchte Sie also darum, sich für eine Ausreisegenehmigung für sie einzusetzen. Im Verlaufe zweier Monate antwortete der Vizepräsident mir weder auf diesen Brief noch auf wiederholte Telegramme. Erst am 14. Oktober abends kam ein Telegramm, es würden «Massnahmen zur Abklärung der Möglichkeit, Ihre Bitte zu erfüllen» getroffen.

Es ist völlig unverständlich, weshalb das derart schwierig ist, wenn eine Person niemals irgendwelche Beziehung zu Staatsgeheimnissen gehabt hat. Ich gewinne den Eindruck, dieses Telegramm sei nichts weiter als eine Finte des KGB, um Zeit zu gewinnen. Bereits die Tatsache einer mit mir verbundenen Geiselhaltung ist mir vollkommen unerträglich. Ich bin gezwungen, mich in dieser Angelegenheit um Hilfe an meine Kollegen im Ausland zu wenden.

Gegenüber Dr. Leibowitz taten Sie dergleichen, als sei der Besuch meiner Kollegen vom FIAN (*Physikalisches Institut der Akademie der Wissenschaften*) Beweis dafür, dass ich jede Gelegenheit zur wissenschaftlichen Arbeit hätte. So wichtig für mich solche Besuche unter den Bedingungen der Isolation, des Mangels an Literatur usw. auch sind, ist doch ihre völlige Abhängigkeit von der Kontrolle durch das KGB absolut unzulässig, das jeweils einen ihm passenden Moment für einen Besuch von Wissenschaftlern bei mir auswählt und über die Zusammensetzung der Gruppe entscheidet. So wurde die erste Reise für FIAN-Leute auf den Besuch von Dr. Leibowitz anberaumt, damit Sie beim Treffen mit ihm darauf Bezug nehmen könnten, und die zweite auf den Besuch des Sekretärs der Nationalen Akademie der USA — mit dem gleichen demonstrativen Ziel.

Ich arbeite — wie schon 1945—1950 — seit 1969 im FIAN, und ich muss das Recht haben, aufgrund meines eigenen Wunsches und nicht gemäss KGB-Kontrolle auszuwählen, mit wem ich über Wissenschaft sprechen will. In einem Brief vom 15. September schrieb ich Akademiemitglied Ginsburg von der Unzulässigkeit der KGB-Kontrolle und bat darum, auf Abkommandierung von FIAN-Mitarbeitern zu verzichten.

Kraft dieser beiden Gründe — der Position der Akademie der Wissenschaften und der unzuläs-

Meine aussenpolitischen Aeusserungen widersprechen weder den sowjetischen Gesetzen noch den Interessen unseres Landes. Ich mache sie nicht nur für die Afghanen, sondern auch für unsere eigene Bevölkerung

sigen Bedingungen für Kontakte mit dem FIAN — breche ich meine offiziellen wissenschaftlichen Kontakte mit den sowjetischen wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere der Akademie der Wissenschaften und dem FIAN, ab und informiere Sie hiermit darüber.

Vor der Generalversammlung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im März 1980 wandte ich mich ans Präsidium der AdW der UdSSR mit der Bitte, dafür zu sorgen, dass ich an der Versammlung teilnehmen könne, was gemäss Statut mein Recht und meine Pflicht ist. Ich erhielt zur Antwort: «Ihre Teilnahme an der Generalversammlung ist nicht vorgesehen.»

Den Sinn dieser Worte machten die Kagebisten anschaulich, die mich am 4. März abends, dem Vortag der Generalversammlung, mit entscherten Pistolen am Besteigen des Zuges Gorkij—Moskau hinderten, als ich meine Schwiegermutter auf den Bahnhof brachte und ihre Koffer hineintragen wollte. Somit hat das Präsidium der AdW die Möglichkeit einer KGB-Einmischung in die Angelegenheiten der Akademie zugelassen. Man belässt mir formell die Mitgliedschaft, entzieht mir aber ihre Grundrechte.

Ich sende Ihnen diesen offenen Brief in der Hoffnung, Sie werden mir ebenso offen eine argumentierte Antwort auf alle aufgeworfenen Fragen geben, namentlich auf die folgenden:

— Ist die Leitung der AdW der UdSSR bereit, in Uebereinstimmung mit den Wünschen der wissenschaftlichen Weltöffentlichkeit aktiv meine verletzten Rechte und die Rechte der übrigen unter Repressionsmassnahmen stehenden Wissenschaftler aktiv zu verteidigen?

— Ist die Leitung der AdW der UdSSR bereit, meine sofortige Rückkehr nach Moskau und die Feststellung meiner Schuld oder Unschuld gegenüber dem Gesetz — und im Falle eines Schuldspruchs die Festlegung von Strafmass und Straffrist — in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung zu fordern?

— Ist die Leitung der AdW der UdSSR bereit, mich entschieden und faktisch, nicht bloss verbal, vor der Erpressung bezüglich des Mitglieds mei-

Hiermit breche ich meine offiziellen wissenschaftlichen Kontakte zur AdW der UdSSR ab

ner Familie J. Alexejewa zu schützen, indem sie ihre Ausreise aus der UdSSR fördert?

Ich mache Sie erneut darauf aufmerksam, dass die Haltung der Akademie der Wissenschaften und ihrer Leitung weder in meinem Fall noch im Fall anderer gemassregelter Wissenschaftler der traditionellen Auffassung von Solidarität unter Wissenschaftlern entspricht.

Heute tragen die Wissenschaftler einen grossen Teil der Verantwortung für das Schicksal der Welt, und das verpflichtet sie zur Unabhängigkeit von kastenmässigen, bürokratischen Institutionen, und schon gar von der Geheimpolizei, heisse sie nun FBI oder KGB. Ich hoffe immer noch, dass die Akademie der Wissenschaften der UdSSR diese Unabhängigkeit an den Tag legen wird.

Gorkij, 20. Oktober 1980

Andrej Sacharow